

Die aktuelle ERNA

Warum haben nicht alle die gleichen Chancen?

Die ungleichen Chancen fangen bereits im Elternhaus an. Meist ist es so, dass wenn die Eltern studiert haben, die Kinder von diesen oft auch studieren und ihr Studium abschließen. Sind die Eltern weniger gebildet, haben es die Kinder meistens schwerer in der Schule oder sie haben nicht das Bestreben zu studieren und schlagen diesen Weg deshalb eher nicht. Das zeigt sich auch im Bildungstrichter, welcher den akademischen Werdegang von Kindern von Akademikern und Nicht-Akademikern vergleicht. Eine große Rolle spielt auch das Finanzielle. Verdienen die Eltern wenig, so können sich diese keine digitalen Endgeräte oder andere Schulutensilien leisten. Dadurch haben die Kinder dann einen Nachteil in der Schule. Ein Beispiel hierfür ist Corona und das damit verbundene Homeschooling. Kinder, die in dieser Zeit keinen uneingeschränkten Zugang zu Computern hatten, haben nach der Pandemie auch noch einen Nachteil in der Schule, da manche Grundlagen nicht ausreichend gefestigt werden konnten. Doch leider sind auch Nachhilfestunden sehr teuer und manche Eltern können sich auch diese nicht leisten. Manchmal kann vielleicht auf Freunde oder Geschwister zurückgegriffen werden, allerdings betrifft dies nicht jeden. Mit zunehmender Migration kommt es immer mehr zu Sprachbarrieren, die von den Eltern und Schülern überwunden werden müssen. Dies stellt eine große Hürde beim Verständnis der Aufgaben für die Schüler dar, denn auch die Eltern können ihren Kindern nicht helfen, da sie selbst die Sprache nicht können.

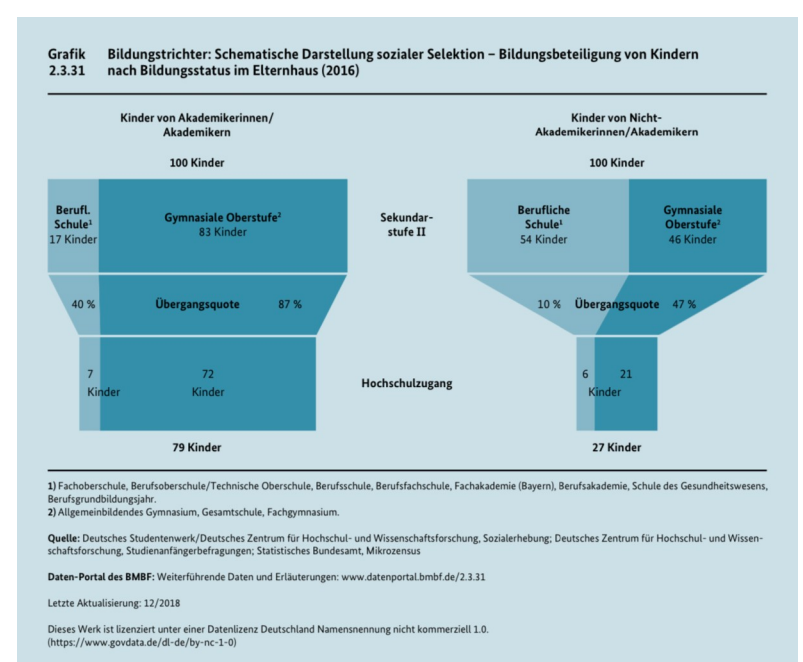
Was sind Maßnahmen für Bildungs- und Chancengleichheit?

Die Grundbausteine für Chancengleichheit müssen schon im frühen Kindesalter gesetzt werden. Wichtig ist, dass mehr Kitaplätze geschaffen werden, damit für eine frühe Bildung und Förderung der Kinder gesorgt wird. Des Weiteren sollte es mehr Ganztagschulen geben, da dort eine Hausaufgabenbetreuung gewährleistet werden kann und die Schüler so unterstützt werden können, auch wenn dies von Zuhause aus nicht möglich ist. Das sorgt dafür, dass die Kinder, gerade in der Grundschule, einen Grundstein erschaffen, auf dem sie dann weiter aufbauen können, beispielsweise in der weiterführenden Schule. Gut durchmischte Klassen mit verschiedenen Bildungsstufen helfen auch dabei, dass sich die Schüler untereinander unterstützen können und dadurch Inhalte besser verstehen oder überhaupt verstehen, da sie es beim Lehrer vielleicht nicht verstanden haben. Um das Ganze noch zu verbessern, könnte man mehr Lehrerplätze ausschreiben, damit die Schüleranzahl in den Klassen verringert wird und so der Lehrer besser auf die Bedürfnisse der einzelnen Kinder eingehen kann.

Laut der Bundeszentrale für politische Bildung soll im deutschen Schulsystem durch eine gebührenfreie Bildung, Bildungs-, sowie Chancengleichheit erreicht werden. Diese Bildung soll ökonomische Hindernisse, wie ein geringeres Einkommen der Erziehungsberechtigten, welche die Chance auf Bildung der Kinder beeinflussen könnte, beseitigen. Hierfür sollten alle Schüler unentgeltlich Zugang zu Lehrmitteln erhalten, unabhängig davon wie viel ihre Eltern verdienen. Dies ist schon der Fall in folgenden Bundesländern Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Sachsen und Schleswig-Holstein. In den anderen Bundesländern müssen die Bildungsmittel selbst von den Familien erworben werden, jedoch gibt es für Empfänger von Sozialleistungen, je nach Einkommen, eine Straffung oder gesamte Befreiung von den Kosten. Des Weiteren sollte nicht die Distanz zur Schule die Schulform entscheiden, denn auch für Schüler aus ländlichen Gebieten sollte eine regionale Versorgung mit verschiedenen Bildungsformen gewährleistet sein. Aber nicht nur der Wohnort, sondern auch Traditionen und Fremdzuschreibungen der Herkunft, Geschlechterzugehörigkeit und Religion können den Bildungsweg des Kindes prägen und die Wahl der Schule beeinflussen. Um dieses Problem zu lösen könnten Schüler und Eltern besser informiert werden und Schüler aus bildungsfernen Familien ermutigt werden. Darüber hinaus gibt es das sogenannte „Gießkannenprinzip“. Dieses Prinzip sagt aus, dass eine Schule pro Schüler gleich viel Geld bekommen soll, um die Möglichkeiten der Förderung pro Kind gerecht darzustellen. Das „Gießkannenprinzip“ sollte allerdings abgeschafft werden, sodass anstatt dessen ein Sozialindikator entwickelt wird, welcher dafür sorgt, dass Schulen für benachteiligte Schüler mehr Geld erhalten.

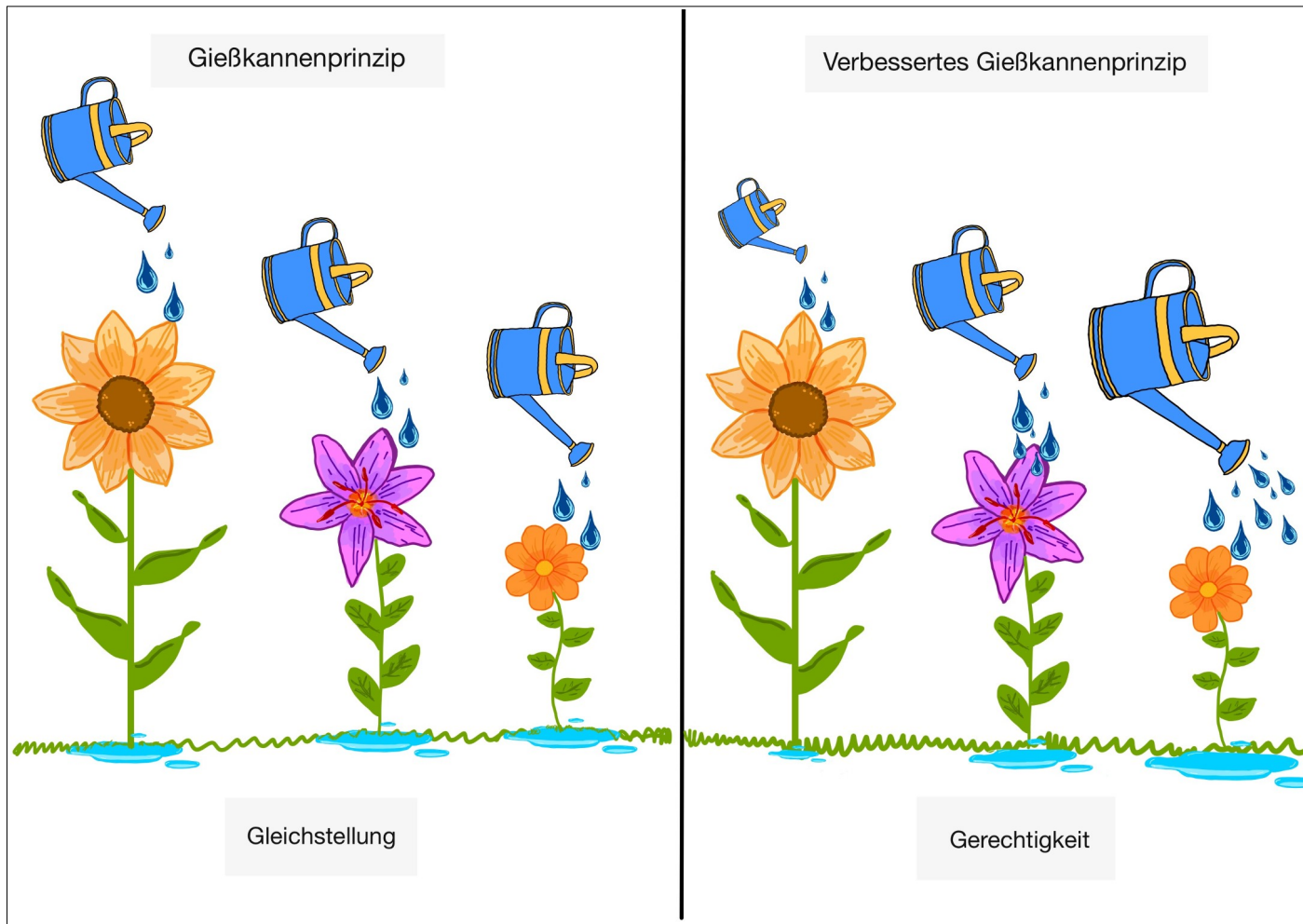
Die Folgen von Kinderarmut

Kinderarmut hat viele negative Folgen. Ein Problem zeigt sich darin, dass Kinder aus armen Schichten häufiger Isolationstendenzen zeigen, was den Grund hat, dass arme Kinder und ihre Familien häufig durch andere stigmatisiert und gemieden werden. Da sie so bereits früh Ausgrenzung erfahren, fehlen ihnen unterstützende Verbindungen und Kontakte außerhalb der Familie, was zu geringeren Selbstvertrauen führt. Dieser Effekt verstärkt sich des Weiteren über Zeit, da viele dieser Kinder das zukünftige Knüpfen von Kontakten vermeiden, um sich so vor Abweisung zu schützen. Auch materielle Einschränkungen tragen zur sozialen Isolation bei, außerdem haben sie auch den Effekt einer eingeschränkten Identitätsbildung. Dies liegt daran, dass Eltern nur geringe Möglichkeiten haben ihren Kindern verschiedene Aktivitäten wie Hobbies oder Sportarten bereitzustellen, welche diesen ermöglichen würde Interessen zu entdecken. Auch Urlaub ist seltener und häufig lokaler, wodurch den Kindern verschiedene kulturelle Einflüsse und Erholung verwehrt bleiben. Auch die Beziehung zu den Eltern wird durch die Belastung der Armut beeinflusst. Dies hat besondere Wichtigkeit, da die sozialen Bedingungen der Kinder von der Familiensituation der Eltern abhängig sind. Eine Familie, die von Armut betroffen ist, steht häufiger unter Stress und Unzufriedenheit, was sich negativ auf das Familienklima auswirken kann. Eine Familie, die deshalb keine Sicherheit bietet, führt dazu, dass Kinder nur eingeschränkte Möglichkeiten haben ihre Probleme effektiv zu verarbeiten, was zu Problemen mit Emotionen und Verhalten führt. Die bereits genannten Probleme führen unter anderem zu einem Mangel an Erholung, da die Kinder oft unter Stress, Ausgrenzung, und familiären Probleme leiden, während Erholung durch Urlaub und Hobbies größtenteils ausbleibt. Eine besonders schädliche Konsequenz aus den genannten Faktoren seien Probleme im Bildungssystem. Der soziale und finanzielle Stand der Eltern hat sehr starke Auswirkungen, da Kinder aus wohlhabenden Familien deutlich öfter eine höhere Bildung erreichen als die ärmeren Familien. Neben dem bereits genannten Mangel an Erholung liegt das auch an mangelndem Zugang zu Lernhilfen, wie zum Beispiel Nachhilfe oder Förderung.



Kindergrundsicherung

Mit der Kindergrundsicherung sollen bis 2025 verschiedene staatliche Finanzhilfen zusammengefasst und zusätzlich 2,4 Milliarden Euro ausgegeben werden. Die Kindergrundsicherung soll aus einem einkommensunabhängigen Kindergarantiebetrag, dem bisherigen Kindergeld und dem vom Einkommen abhängigen Kinderzusatzbetrag bestehen. Mit dem Kindergrundsicherungs-Check soll automatisch geprüft werden, welche Familien Anspruch auf den Kinderzusatzbetrag haben und welche nicht. Damit steht der Staat künftig in einer „Bringschuld“. So soll bis zu 5,6 Millionen von Armut bedrohten Familien geholfen und 1,9 Millionen Kindern sollen aus dem Bürgergeld geholt werden. Volljährige Kinder könnten den Garantiebetrag selbst erhalten. Mit dem Geld soll das Existenzminimum der Kinder garantiert werden.



Das Gießkannenprinzip und eine mögliche Verbesserung

Leserkommentar

„Schülerinnen und Schüler sollten definitiv unabhängig von deren sozialen Hintergründen durch die Bildung gefördert werden. Eine Differenzierung von Kindern in soziale Schichten sollten nicht noch durch zusätzliche Ungerechtigkeiten, ausgelöst durch finanzielle Mittel der Familien, verstärkt werden. Ausgehend davon muss eine gerechte und individuelle Förderung der einzelnen Kinder stattfinden, um auch in Zukunft die Chancen und Bildungsmöglichkeiten für jedes einzelne Kind zu festigen und zu ermöglichen. Eine Unterteilung ist nicht nur auf lange Sicht nachteilig für die deutsche Wirtschaft, auch kurbelt es die Teilung der Bevölkerung an und führt generell zu Nachteilen für die Kinder unseres Landes.“

~ Carolina Hirner Schülerin Erna de Vries Gesamtschule Ibbenbüren, NRW

Die Pläne der Parteien

Welche Ansätze gibt es?

AFD

Die AFD sieht vor, dass es zu leistungshomogenen Lerngruppen kommt, welche nicht durch die Inklusion von Behinderten oder nicht-deutschen Staatsbürgern eingeschränkt werden. Außerdem soll der Anteil der Abiturientinnen und Abiturienten durch die Stärkung des Leistungsprinzips gesenkt werden. Eine sogenannte Eliteförderung solle die Schlägen Gymnasiasten von den Intellektuell Benachteiligten abgrenzen und so eine klare Teilung der Bildung aufstellen. Darüber hinaus fordert die AFD, dass Kinder mit Migrationshintergrund in Grundschulen von Deutschen Kindern unabhängig voneinander unterrichtet werden. Begründet wird dieses Vorhaben durch den Mangel der Lehrkräfte, welche sich primär laut der AFD auf die deutschen Kinder fokussieren sollen. Zudem setzte die AFD auf Disziplin und Frontalunterricht in den Schulen, und verstärkt auf die Elitenförderung, das heißt klare Abgrenzungen von Kindern in die Schulformen Haupt-, Real- und gymnasiale Schulen.

FDP

Die FDP steht für eine Sanierung der maroden Schulgebäude, eine Erneuerung der Ausstattung und eine Behebung von häufig ausfallenden Unterrichtsstunden. Auch der Bildungsabschluss der Kinder soll nicht von dem sozialen Status der Kinder und deren Familien abhängig gemacht werden. Sie fordern also eine umfassende Modernisierung und Digitalisierung des deutschen Bildungssystems. Eine Lösung dafür soll eine engere Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen darstellen, um allen Kindern eine frühe Bildungsförderung und die Chancen auf eine Entfaltung der Leistungsbereitschaft der Kinder und lebenslange Weiterbildungschancen zu ermöglichen. Die FDP ist der Meinung, dass „Bildung die Basis für Innovation und Fortschritt der Gesellschaft (ist)“. Auch soll ein selbstbestimmtes Leben und die Chancengleichheit eine Grundlage für diese Ziele darstellen.

CDU

Jedes Kind solle die besten Bildungschancen erhalten. Dafür solle die Qualität der Bildung verbessert und alle Schulformen gleich behandelt werden. Im Vordergrund stehe dabei das Wohl der Kinder. So wurde z.B. G9 wieder eingefügt, um den Bedürfnissen von Schülern und Eltern entgegen zu kommen. Zudem sollen Kindergärten und Schulen näher zusammenarbeiten, da Kinder mit unterschiedlichen Grundvoraussetzungen in die 5. Klasse kommen. Damit auch Kinder, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, die gleichen Chancen in der Schule haben, wie Kinder mit Deutsch als Muttersprache, solle der Sprachstand von Kindern früh festgestellt werden. Bei Förderbedarf sollen die Kinder an einer verpflichtenden und wirksamen vorschulischen Förderung teilnehmen. Auch die Digitalisierung spiele eine große Rolle. So ist ein „Digitalpaket“ in Höhe von 6,5 Mrd. Euro geplant. Zudem wurde die Inklusion von der CDU (in ihrer ursprünglichen Form) gestoppt. Stattdessen solle jetzt mit den Schulen direkt in Kontakt getreten werden.

Die Grünen

Laut den Grünen hat das deutsche Bildungssystem ein Gerechtigkeitsproblem, denn die Chancengleichheit sei noch nicht Realität, wie die Pandemie gezeigt hat. Denn durch die Pandemie habe sich die Ungleichheit verschärft, da Fehler in der Bildung aufgetreten sein, die in Zukunft verbessert werden sollten. Jedes Kind solle Unterstützung bekommen, da Kinder die beste Bildung, gerechte Chancen und Teilhabe verdienen. Daher schlägt Baerbock vor, dass Schulen sollen zu den schönsten, fairsten und modernsten Orten des Landes gemacht werden sollten. Um dies zu erreichen sollen alle Schulen, egal wo sie sind die gleichen Chancen bieten. Zur Umsetzung dieser Ziele schlagen die Grünen ein neues Bildungs- und Teilhabegesetz vor. Dieses soll für mehr Chancengleichheit sorgen, soll Schulen mit vielen anspruchsberechtigten Kindern mehr Geld zukommen lassen und benachteiligten Kindern mehr Angebote zur Lernförderung, Kultur, Sport, Spiel und digitale Grundausstattung bieten.

SPD

Die SPD plant eine Ausbildungs-offensive für Kitas, bei dem der Staat die Ausbildungen finanzieren soll. Damit wollen sie gegen die aktuellen Probleme vorgehen. Momentan sind viele Kita-Beschäftigte erschöpft, da sie mehr arbeiten müssen als üblich. Das führt zu Krankheiten und damit zu Arbeitsausfällen, wodurch das Problem noch weiter verstärkt wird. Das hat wiederum die Folge, dass die Betreuungszeit für die Kinder reduziert werden muss, da dies für die Kita-Beschäftigten sonst nicht stemmbar ist. Eine weitere Idee ist, dass Kita-Helfer-Verwaltung und Hauswirtschaftskräfte finanziell unterstützt werden sollen, sodass der Fachkräftemangel ein wenig gepuffert wird. Die letzte Idee ist, dass Kita-Fachkräfte, die einen ausländischen Berufsabschluss haben, schneller in das Berufsleben eingegliedert werden können oder sollen. Das von der SPD als überkomplizierte Bürokratie bezeichnete System, erschwert die schnelle Eingliederung gerade.